

## **Niederschrift**

über die 9 Sitzung des Umwelt- und Bauausschusses der Stadt Geilenkirchen am Dienstag, dem 05.04.2011, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen.

### **Tagesordnung**

- 1 . Planvorstellung und Beschlussfassung über die Schaffung einer Flutmulde für den Stadtteil Kogenbroich  
Vorlage: 333/2011
- 2 . Vorstellung und Beratung über die Herstellung eines gestifteten Kunstwerkes auf der Bahnhofsvorfläche im Stadtteil Lindern  
Vorlage: 383/2011
- 3 . Stadtkernerneuerung Geilenkirchen
  - 3.1 . Beratung über die Art und Weise der Bürgerbeteiligung bei kommunalen Vorhaben; hier: III. Bauabschnitt Stadtkernsanierung  
Vorlage: 327/2011
  - 3.2 . Nochmalige Beratung über die Oberflächenneugestaltung der Rathauszufahrt und der angrenzenden Freiflächen im Rahmen des II. Bauabschnitts der Konrad-Adenauer-Straße  
Vorlage: 381/2011
  - 3.3 . Beratung über die Detailausführung des Fahrbahnoberbelags im Bereich der Busspur des II. Bauabschnitts der Konrad-Adenauer-Straße  
Vorlage: 404/2011
- 4 . Verschiedenes

### **Anwesend waren:**

#### **Vorsitzende/r**

1. Karl-Peter Conrads

#### **Stellvertretende/r Vorsitzende/r**

2. Leonhard Kuhn  
bis 19:50 Uhr

#### **Mitglieder**

3. Marko Banzet
4. Uwe Eggert
5. Dr. Stefan Evertz
6. Johann Graf

7. Theresia Hensen
8. Horst-Eberhard Hoffmann
9. Heinz Kohnen als Vertretung für Herrn Wilfried Kleinen  
bis 19:50 Uhr
10. Gerd Latour
11. Markus Melchers
12. Manfred Schumacher
13. Barbara Slupik
14. Kurt Sybertz
15. Raimund Tartler

Sachkundige/r Bürger/in

16. Nils Kasper
17. Friedhelm Rose
18. Moritz Rummler

von der Verwaltung

19. Hans-Josef Bröhl
20. Bürgermeister Thomas Fiedler
21. Beigeordneter Hans Hausmann
22. Manfred Savoir

Protokollführer

23. Nathalie Wischinski

Gäste

24. Willi Art
25. Christian Brendt

Es fehlten:

26. Klaus Dohlen

Ausschussvorsitzender Conrads eröffnete um 18:00 Uhr die Sitzung des Umwelt- und Bauausschusses und begrüßte die Anwesenden. Er stellte die ordnungsgemäße und fristgerechte Einladung zur Sitzung fest. Einwände gegen die Niederschrift über die 8. Sitzung des Umwelt- und Bauausschusses wurden nicht erhoben.

Auf Anforderung von Stadtverordnetem Dr. Evertz erklärte Ausschussvorsitzender Conrads, dass zu Tagesordnungspunkt 3.2 auch die geplante Verkehrsführung am Kindergarten St. Ursula zur Umleitungsregelung der Rathaus- und Parkhauszufahrt beraten werde.

**TOP 1 Planvorstellung und Beschlussfassung über die Schaffung einer Flutmulde für den Stadtteil Kogenbroich  
Vorlage: 333/2011**

Ausschussvorsitzender Conrads erteilte Herrn Brendt vom gleichnamigen Ingenieurbüro das Wort.

Herr Brendt erklärte anhand einer Präsentation die Eckpunkte für die Schaffung der Flutmulde. Der Vortrag ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Auf Nachfrage von Stadtverordnetem Dr. Evertz erklärte Herr Brendt, dass die geplante Bepflanzung die Funktion der Mulde nicht beeinträchtigen werde.

Stadtverordneter Eggert betonte, dass er die Maßnahme befürworte. Seine Frage, ob eine Tiefe von 50 cm an der niedrigsten Stelle ausreiche, beantwortete Herr Brendt damit, dass es schwierig abzuschätzen sei, wann wie viel Wasser in der Mulde sei. Er rechne damit, dass die Tiefe ausreichend sei. In Geilenkirchen seien es meist kurze, seltene Ereignisse, in denen es soviel regne, dass die Mulde ausgefüllt sei.

Stadtverordneter Kohnen erklärte, man habe die Maßnahme mit den Bewohnern von Kogenbroich erörtert und die bestehenden Differenzen ausgeräumt.

Zu den Bedenken von Stadtverordnetem Hoffmann, dass es Probleme mit dem Abfluss im Hinblick auf Rückstau geben könne, erklärte Herr Bröhl, der Wasserverband sei für die Unterhaltung des Grabens zwischen Kogenbroich und der Wurm zuständig und die Verwaltung werde die Situation beobachten.

Stadtverordneter Kuhn verwies auf die Situation oberhalb der Randerather Straße. In der Bebauung der Randerather Straße sei es wiederholt zu Schlammlawinen gekommen. Er bat die Verwaltung, Grunderwerbsgespräche aufzunehmen, um die Situation der Bewohner zu verbessern.

In Ergänzung zu der Erklärung von Herrn Bröhl, es hätten bereits Gespräche stattgefunden, betonte I. Beigeordneter Hausmann, die Situation sei der Verwaltung bekannt, ebenso wie die in Gillrath (Püttstraße). Man müsse nochmals über eine Flutmulde und den dafür erforderlichen Grunderwerb nachdenken und dies anschließend nochmals besprechen.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss beschloss die Planung und beauftragt die Verwaltung, die Planung umzusetzen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	18
Nein:	0
Enthaltung:	0

## **TOP 2 Vorstellung und Beratung über die Herstellung eines gestifteten Kunstwerkes auf der Bahnhofsvorfläche im Stadtteil Lindern Vorlage: 383/2011**

Ausschussvorsitzender Conrads stellte Herrn Arlt, den Künstler des Werkes „Wartezeit“, dem Ausschuss vor und erteilte Stadtverordnetem Tartler das Wort.

Stadtverordneter Tartler erläuterte, bei Herrn Arlt handele es sich um einen Bürger, der sich Gedanken gemacht hat, wie er seinen Ort verschönern kann. Herr Arlt habe

festgestellt, dass viele umliegende Ortschaften im Gegensatz zu Lindern Wahrzeichen oder Erkennungsmerkmale haben. So sei die Idee aufgekommen, ein Wahrzeichen für Lindern auf dem Bahnhofsvorplatz zu errichten. Es handele sich um eine Skulptur, die zwei wartende Bahnfahrgäste darstelle. Zur Unterstützung seiner Ausführungen wurde eine Fotomontage zu diesem Kunstwerk gezeigt, ebenso ein Lageplan zum geplanten Standort des Kunstwerkes.

Stadtverordneter Tartler erklärte, dass das Kunstwerk aus Cortenstahl hergestellt werde. Die aktuell am zukünftigen Standort vorhandene unansehnliche Grünfläche falle weg.

Stadtverordneter Graf äußerte, dass es lobenswert sei, wenn sich jemand Gedanken mache. Allerdings müsse die Stadt die anfallenden Kosten tragen. Er forderte eine Art Selbstbeteiligung der Bewohner von Lindern, um die Kosten einzugrenzen.

Stadtverordneter Tartler stellte klar, dass sich durch den Wegfall der Grünfläche die Kosten über die Jahre durch die Einsparungen im Bereich der Grünpflege neutralisieren.

Auf Nachfrage von Stadtverordneter Slupik bezüglich der Urheberrechts-Problematik mit erklärte I. Beigeordneter Hausmann, dass man sich nicht endgültig dagegen absichern könne. Ggfs. müsse man das Kunstwerk entfernen.

Bürgermeister Fiedler brachte die Überlegung ein, die Problematik durch eine „Dauerleihgabe“ zu regeln.

Stadtverordneter Tartler erklärte, dass nach Aussage des Künstlers die Skulptur frei erfunden sei. Man könne aber natürlich nie sicher sagen, dass nicht ein anderer das gleiche gemacht hat.

Stadtverordneter Dr. Evertz fand es lobenswert, dass der Künstler sein Kunstwerk zur Verfügung stellen wolle, erklärte aber, er habe sich mehr Vorlaufzeit und mehr Information über das Kunstwerk gewünscht.

Ausschussvorsitzender Conrads bat die Verwaltung, dies bis zur Ratssitzung am 13.04.2011 zu regeln und sicherte auf Anregung von Stadtverordnetem Hoffmann zu, dass zeitnah Bildmaterial sowie Informationen zu den Daten des Kunstwerkes zur Verfügung gestellt werden.

Auf entsprechende Nachfrage von Stadtverordnetem Hoffmann antwortete Stadtverordneter Tartler, die Aufstellung des Kunstwerkes sei zwischen dem Künstler, dem Ortsvorsteher und der Verwaltung besprochen worden. Stadtverordneter Hoffmann bemängelte, dass demnach kein Gespräch mit den Bürgern stattgefunden habe.

Stadtverordneter Tartler erläuterte auf Nachfrage von Stadtverordnetem Graf, dass das Kunstwerk auf einer Fläche am Gehweg errichtet werde und somit die Breite des Gehweges nicht beeinträchtigt.

Ausschussvorsitzender Conrads stellte fest, dass es keine weiteren Fragen gab und bedankte sich bei Herrn Arlt. Die weitere Beratung mit anschließender Beschlussfassung erfolgt durch den Stadtrat.

### **TOP 3 Stadtkernerneuerung Geilenkirchen**

#### **TOP 3.1 Beratung über die Art und Weise der Bürgerbeteiligung bei kommunalen Vorhaben; hier: III. Bauabschnitt Stadtkernsanierung Vorlage: 327/2011**

Bürgermeister Fiedler betonte, dass die aktuelle Vorlage sehr umfangreich sei und bereits eine recht lange Geschichte hinter sich habe, da sie zunächst im Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung beraten worden sei, dann im Rat und nun im Umwelt- und Bauausschuss.

Man habe als Verwaltung alle Kenntnisse über Bürgerbeteiligungen zusammengefasst, in diesem Fall spezifisch bezogen auf den III. Bauabschnitt. Er unterbreite dem Ausschuss den Vorschlag, eine Einwohnerversammlung flankiert durch eine Forumsfunktion auf der städtischen Webseite durchzuführen.

Bürgermeister Fiedler demonstrierte anhand einer Präsentation die mögliche spätere Gestaltung des Forums.

Er betonte, dass in der Vorlage der Einladung ein Satz aufgrund einer technischen Panne falsch sei. In der Vorlage sei erwähnt, dass Kosten in Höhe von 3000 bis ca. 3500 € entstehen würden. Tatsächlich könne er nun die Mitteilung machen, dass die Umsetzung kostenfrei möglich sei.

Bürgermeister Fiedler wies darauf hin, dass die Umsetzung und die Unterhaltung der Seite absolut sicher sei. Es seien Umfragen und Diskussionen zu verschiedenen aktuellen Themen möglich. Die Moderation, die über die Verwaltung erfolge, sei erforderlich, um die sogenannte „Netiquette“ einzuhalten.

Bürgermeister Fiedler erwähnte in diesem Zusammenhang die Diskussionen, die auf der Webseite der AZ erfolgten. Er halte es für besser, wenn diese auf der Seite und somit unter der Moderation der Stadtverwaltung erfolgten.

Jeder Nutzer könne nur einmal abstimmen. Für die Möglichkeit der Rückverfolgung der Einträge sei vorgesehen, dass sich die Teilnehmer einschreiben. Den hierzu erforderlichen Administrator stelle ebenso wie die Moderatoren die Verwaltung. Die Moderation könne auch durch die Stadtverordneten erfolgen.

Diese Form der Diskussion werde weltweit vielfach angewandt. Den großen Vorteil sehe er darin, dass man denjenigen eine Stimme geben könne, die z.B. aus terminlichen Gründen nicht zur Bürgerversammlung kommen konnten. Es stehe eine größere Zeitspanne zur Verfügung, in der die Bürger ihre Meinung kundtun können.

Bürgermeister Fiedler schlug zusammenfassend vor, einerseits eine Bürgerversammlung durchzuführen und andererseits flankierend das Forum einzurichten. Das Forum könne anschließend für andere Themen weiter genutzt werden.

Zu den Bedenken des Ausschussvorsitzenden Conrads, die Arbeit eines Moderators oder eines Administrators sei im Gegensatz zum erforderlichen Programm nicht kostenfrei, erklärte Bürgermeister Fiedler, dass der tägliche Zeitaufwand sicherlich in Grenzen gehalten werden könne.

Stadtverordnete Slupik erklärte, ihre Fraktion sei wegen der Manipulierbarkeit und der Anonymität gegen das Forum. Sie wünsche sich eine Bürgerbeteiligung mit konkretem und direktem Dialog mit den Bürgern. Sie schloss sich der Ansicht von Ausschussvorsitzendem Conrads an und betonte, dass das Baudezernat eher unterbesetzt sei. Eine Moderation mit fachlicher Auswertung sei nicht mit fünf Minuten am Tag getan. Sie schlug vor, dass Bürger, die bei der Versammlung verhindert seien, sich per E-Mail bei der Stadtverwaltung melden könnten.

Stadtverordneter Graf wies darauf hin, dass Bürgerversammlungen in bestimmte Richtungen steuerbar seien. In einem Forum könne jeder seine Meinung frei äußern, wisse aber, dass man sich an die Netiquette halten müsse. Er schätze den zeitlichen Aufwand für die Moderation auf täglich maximal dreißig Minuten und betonte, seine Fraktion begrüße das Forum sehr.

Stadtverordneter Eggert erklärte, dass auch die SPD das Forum befürworte, allerdings nur als flankierende Maßnahme. Er betonte, auch aus der Bürgerbeteiligung mit der Stadtkernerneuerung könne man immer wieder neue Erkenntnisse ziehen. Erst solle eine Bürgerversammlung stattfinden, dann das Forum eröffnet werden und nach einer Zusammenfassung der Meinungen ggfs. alles nochmals gestrafft besprochen werden.

Stadtverordneter Dr. Evertz erklärte, dass die Grünen grundsätzlich ebenfalls die Bürgerversammlung und das Forum befürworten. Man sehe bezüglich des Forums aber das Problem der Anonymität. Er führte außerdem am Beispiel der Bahnunterführung aus, dass überwiegend die Gegner des Tunnels zur Bürgerversammlung gingen und somit kein normaler Querschnitt der Bevölkerung gegeben sei. Auch im Forum sei lediglich eine Meinungsabgabe möglich. Es sei wichtig, dass dies beachtet werde.

Stadtverordneter Melchers erklärte, die FDP befürworte eine Bürgerversammlung, sei aber wegen der Manipulationsanfälligkeit gegen die Einrichtung eines Forums.

Stadtverordneter Kuhn bemängelte, dass zum einen für die Sicherheit des Forums ein Zertifikat erforderlich sei, dass mindestens 500 € koste, und zum anderen nicht jeder private Haushalt über einen PC verfüge.

Bürgermeister Fiedler betonte, dass der zu fassende Beschluss sich auf die Bürgerbeteiligung im Zusammenhang mit dem III. Bauabschnitt beziehe. Er bat daher darum, nicht für oder gegen das Forum abzustimmen, sondern zu beachten, dass es um den III. Bauabschnitt gehe.

Er führte aus, dass eine Forumdiskussion ganz spontane Themen auffangen könne. Jeden Tag erhalte die Verwaltung Eingaben per Mail. Er achte sehr darauf, dass diese zügig beantwortet werden, auch dies binde Zeit. Wichtig sei, dass man anhand einer Anfrage oder Beschwerde nicht feststellen könne, wie groß die gesellschaftliche Relevanz sei. Im Forum merke man schnell, wie viele Bürger hinter einem Thema stehen. Er stimme der Ansicht zu, dass dieses Medium nicht repräsentativ sei. Man könne aber ein Meinungsbild erkennen, was auch gerade für den Rat bzw. die Ausschüsse interessant sei.

Stadtverordneter Schumacher erklärte, man könne die Quantität der Stimmabgabe selbst künstlich aufwerten. In einer Bürgerversammlung habe man zu jedem Namen ein Gesicht; im Forum hingegen könnte eine Person hinter mehreren Namen stecken.

Sachkundiger Bürger Rummler erklärte, in Foren könne gut diskutiert werden, außerdem sei es kostenneutral und mit wenig Aufwand umzusetzen. Er sprach sich daher für diese Form der Bürgerbeteiligung aus.

Bürgermeister Fiedler betonte, man habe in diesem Forum die gleiche Sicherheit wie bei den Leserbriefen der Zeitung, indem man nur Leute zulasse, die Namen und Adresse angeben. Er wies darauf hin, dass auf dem Forum keine Abstimmungen stattfinden würden, da dies nicht sicher sei, man benötige somit keine Zertifikate und man werde beachten, dass die dort abgebildeten Meinungen nicht repräsentativ seien. Er bat nochmals darum, diese Diskussion auf den III. Bauabschnitt beziehen.

Stadtverordneter Dr. Evertz erklärte, die Möglichkeit des Forums zu nutzen sei gerade im Bezug auf den III. Bauabschnitt interessant und sprach sich dafür aus.

Stadtverordneter Eggert schloss sich dem an und betonte, es müsse sich um eine flankierende Maßnahme ohne Abstimmung handeln.

Stadtverordneter Melchers entgegnete, eine Manipulation könne auch durch wiederholte Wiedergabe von Meinungen erfolgen, ohne dass eine Abstimmung im Forum stattfinde. Auf einer Bürgerversammlung hingegen könne man nur eine Meinung einmal repräsentieren.

Hierzu betonte Bürgermeister Fiedler, es gehe um die Argumente und verschiedenen Vorschläge, um die Breite der Meinungen und nicht um arithmetisches Nachzählen.

Stadtverordnete Slupik stimmte Herrn Fiedler zu. Sie betonte nochmals, dass die meisten die Möglichkeit hätten, an einer Bürgerversammlung teilzunehmen, die übrigen könnten sich per E-Mail äußern.

Stadtverordneter Graf wies darauf hin, dass in den Foren nicht nur Geilenkirchener vertreten seien. Durch den Austausch mit Bürgern aus anderen Städten entstünden neue Anregungen. Eine Manipulation halte er wegen des recht großen Aufwands für abwegig.

Ausschussvorsitzender Conrads stellte fest, dass sehr unterschiedliche Auffassungen bezüglich des Forums vorliegen, während für die Bürgerversammlung offenbar

Konsens herrsche. Er schlug daher eine geteilte Abstimmung vor. Dies wurde von allen Ausschussmitgliedern akzeptiert.

**Beschluss:**

Der Umwelt- und Bauausschuss schlägt dem Rat vor, die informelle Bürgerbeteiligung für den III. Bauabschnitt durch das Veranlassen einer Einwohnerversammlung durchzuführen.

**Abstimmungsergebnis:**

Abstimmung für das Abhalten einer Bürgerversammlung

Ja:	18
Nein:	0
Enthaltung:	0

Abstimmung für die Einrichtung eines Bürgerforums auf der Homepage der Stadt

Ja:	9
Nein:	9
Enthaltung:	0

Das Bürgerforum auf der Homepage zum III. Bauabschnitt gilt damit als abgelehnt.

**TOP 3.2 Nochmalige Beratung über die Oberflächenneugestaltung der Rathauszufahrt und der angrenzenden Freiflächen im Rahmen des II. Bauabschnitts der Konrad-Adenauer-Straße  
Vorlage: 381/2011**

Ausschussvorsitzender Conrads erteilte Herrn Bröhl das Wort. Herr Bröhl erklärte anhand eines Lageplanes, dass im Bereich der Zufahrt zum Rathaus von der Kreuzung bis zur Ausfahrt des Rathauses (Torbogen) heller Belag verwendet werden solle, während die Fahrfläche wieder anthrazitfarben hergestellt werden solle. Er betonte, dass die Firma Dohmen auf eine kurzfristige Entscheidung dränge, da die Steine bestellt werden müssten.

Stadtverordnete Slupik erklärte, dass die CDU diese Gestaltung aufgrund der konsequente Gestaltung der Innenstadt befürworte. Aus Gesprächen wisse sie, dass auch die Geschäftsleute in diesem Bereich diese Gestaltungsform begrüßen, weil auch ortsfremden Personen signalisiert werde, dass sich auch in diesem Bereich Geschäfte befinden.

Stadtverordneter Graf erklärte, dass Gesamtbild des II. Bauabschnitts entspreche nicht dem ursprünglichen Konzept. So habe seine Fraktion es nie gewollt und lehne daher ab.

Auf Nachfrage von Stadtverordnetem Eggert, erklärte Herr Bröhl, dass die Gestaltung der Rinnen in Natursteinpflaster bezüglich der Barrierefreiheit mit dem Schwerbehindertenbeauftragten Herrn Pütz abgestimmt sei.

Stadtverordneter Graf betonte die Problematik der Nutzung der Natursteinpflasterflächen für Rollstuhlfahrer.

Auf Nachfrage von Stadtverordnetem Melchers erklärte I. Beigeordneter Hausmann, dass auf dem vorgelegten Plan irrtümlich die Aufnahme und Wiederverlegung des Pflasters eingetragen sei. Wegen der niedrigeren Kosten und des geringeren Aufwands sei jedoch eine Neuverlegung des Pflasters vorgesehen.

Stadtverordneter Dr. Evertz gab bekannt, dass seine Fraktion ohnehin gegen die Ausbauart des II. Bauabschnittes sei und dass seine Fraktion sich deswegen enthalten werde.

Ausschussvorsitzender Conrads schloss die Beratung über die endgültige Oberflächengestaltung der Rathauszufahrt und leitete über zur Beratung der Umleitungsregelung mit Blick auf den Kindergarten St. Ursula.

Herr Bröhl erläuterte, dass das Rathaus sowie die Arztpraxen und die Musikschule auch während der Bauarbeiten weiterhin erreichbar sein sollten. Daher solle die Zufahrt über die Martin-Heyden-Straße erfolgen. Es habe eine Besprechung mit Vertretern von Krankenhaus, Ingenieurbüro, Kindergarten, Rettungsdienst, Polizei, Bauunternehmen, Straßenverkehrsbehörde, Busbetrieb und Tiefbauamt stattgefunden.

Der Eingang, der jetzt zum Kindergarten führe, werde geschlossen. Durch Errichtung einer Rampe in Richtung Krankenhaus sowie einer Schleuse werde sichergestellt, dass die Kinder nicht direkt auf den Parkplatz laufen, wenn sie den Kindergarten verlassen.

Stadtverordneter Dr. Evertz sagte, die Lösung sei gefährlich und nicht vertretbar. Er schlug als Alternative vor, Parkplätze auf dem Markt einzurichten und die Zufahrt zum Rathaus hinter Jabusch entlang zu führen. So könne man die Zeit, in der die aktuelle Lösung angewandt werden müsse, auf vielleicht zwei Wochen verkürzen.

Herr Bröhl erklärte hierzu, dass die Fußgänger die Möglichkeit hätten, über die fußläufige Verbindung in Richtung Stadtbücherei zum Kindergarten zu kommen. Behinderte Personen und Personen mit Kinderwagen müssten für den Zeitraum von etwa acht Wochen den Weg über die Martin-Heyden-Straße nehmen.

I. Beigeordneter Hausmann antwortete auf den Vorschlag von Stadtverordnetem Schumacher, die Zufahrt ausschließlich als Rettungsweg zu gestalten und ansonsten nur Zulieferbetrieben die Durchfahrt zu gestatten, dies sei übertrieben. Die Bediensteten der Stadtverwaltung seien bereits via E-Mail aufgefordert worden, woanders zu parken, um die Situation zu entschärfen. Das Parkhaus werde auch von Kunden in Geilenkirchen genutzt. Bei einer Sperrung des Parkhauses für acht Wochen hätten die Gewerbetreibenden ein Problem. Außerdem sei der Vorschlag von der Polizei abgesegnet worden.

Stadtverordneter Dr. Evertz entgegnete, diese Lösung sei nur unter Verwendung einer Ampel möglich. Es werde zu Staus und Problemen kommen. Außerdem könne man z.B. der Mutter mit drei Kindern den Umweg über die Martin-Heyden-Straße nicht zumuten.

Auf entsprechenden Vorschlag von Stadtverordnetem Sybertz hin erklärte I. Beigeordneter Hausmann, die Einrichtung einer Fußgängerampel mit Anrufschaltung sei mit utopischem Aufwand verbunden. Er erklärte, dass die Mitarbeiter der Verwaltung wohl der Aufforderung folgen und woanders parken würden, so dass es diesbezüglich zu einer Entlastung käme. Es müsse zunächst ausprobiert werden, wie gut die Umsetzung funktioniere. Wenn auch nur die geringsten Probleme aufkämen, würde sich die Verwaltung Änderungen überlegen.

Stadtverordnete Slupik betonte nochmals die problematische Lage des Einzelhandels. Gerade in Geilenkirchen habe man zu wenig Parkplätze. Die schwierige Lage der Gewerbetreibenden müsse man mit der Verkehrssicherheit abwägen. Sie sprach sich dafür aus, den Lösungsvorschlag auszuprobieren und abzuwarten, ob es zu Problemen komme.

I. Beigeordneter Hausmann erklärte auf den Hinweis von Stadtverordnetem Eggert zu prüfen, ob die Möglichkeit besteht, hinter dem Pfarrhaus durch die Gärten einen Fußweg einzurichten.

Ausschussvorsitzender Conrads erklärte zum Anliegen von Stadtverordnetem Dr. Evertz, dass die Verwaltung bis nächste Woche die verschiedenen Vorschläge auf Umsetzbarkeit prüfen möge, dass dies zeitlich nicht möglich sei. Herr Bröhl ergänzte, dass am Donnerstag, dem 07.04.2011, Beginn der Baumaßnahmen sei.

Ausschussvorsitzender Conrads betonte, dass schon aus der Situation heraus im fraglichen Bereich Schrittgeschwindigkeit eingehalten werde.

Bürgermeister Fiedler erklärte, dass man die ganze Problematik unter dem Begriff der Verhältnismäßigkeit betrachten müsse. Man müsse die Fußgänger von den Autos wegnehmen. So sei den Bürgern ein Umweg über die Bücherei oder den Pfarrgarten durchaus zumutbar.

Der Kindergarten habe in der Zeit von ca. 08:00 – 12:30 Uhr geöffnet. Zu den Zeiten, in denen Kinder zum Kindergarten gebracht oder von dort abgeholt werden, werde der Weg stark frequentiert. Ebenso gebe es Zeiten, in denen mehr Autos fahren. Die Konfliktzeiten betrügen seines Erachtens ca. 50 Minuten pro Tag.

Er betonte, eine Schließung des Parkhauses gelte auch zu Zeiten, in denen die Kinder dann bereits zuhause seien. Es gehe darum, die Fußgänger davon zu überzeugen, ein paar Meter mehr zu gehen, da die Verhältnismäßigkeit ansonsten nicht mehr gegeben sei.

Stadtverordneter Schumacher schlug vor, dass die Verwaltung beim Kindergarten die höchste Frequentierung durch Kinder erfragen solle. In dieser Zeit solle man die Zufahrt für Kraftfahrzeuge mit Ausnahme von Rettungswagen sperren.

Stadtverordneter Dr. Evertz sagte, im I. Bauabschnitt habe es dieselbe Situation bezüglich der Parkplätze vor der Kreissparkasse gegeben. Dies habe funktioniert, nun werde es auch umgekehrt funktionieren.

Stadtverordnete Slupik widersprach dieser Aussage. Es sei damals für die Einzelhändler sehr schwierig gewesen, man könne und dürfe ihnen dies nicht nochmals zumuten.

Herr Bröhl erklärte, dass die Eltern auch abwägen müssen, ob sie für mehr Sicherheit 50 m Fußweg mehr in Kauf nehmen.

Ausschussvorsitzender Conrads stellte klar, dass bei Schrittgeschwindigkeit kaum Bremsweg vorhanden sei. Um die Schrittgeschwindigkeit sicherzustellen könne man Drempeleinbauten einbauen.

Auf die Anmerkung von Stadtverordnetem Dr. Evertz, dass er sich wünsche, dass der Verkehr gänzlich von dem Bereich Kindergarten weggehalten werde, erklärte Ausschussvorsitzender Conrads, dass deswegen die Kinder extra umgeleitet würden. Das Problem sei somit weitgehend gelöst.

Stadtverordneter Dr. Evertz antwortete auf die entsprechende Frage von Ausschussvorsitzendem Conrads, die Drempele er nicht bräuchte. Bezüglich einer weiteren Entscheidung wolle er bis nächste Woche Mittwoch abwarten.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss spricht sich für die von der Verwaltung vorgeschlagene Oberflächengestaltung der Rathauszufahrt und der angrenzenden Freiflächen des II. Bauabschnitts der Konrad-Adenauer-Straße aus und richtet einen entsprechenden Beschlussvorschlag an den Rat der Stadt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	11
Nein:	2
Enthaltung:	5

### **TOP 3.3 Beratung über die Detailausführung des Fahrbahnoberbelags im Bereich der Busspur des II. Bauabschnitts der Konrad-Adenauer-Straße Vorlage: 404/2011**

Herr Bröhl führte aus, dass seinerzeit Betonplatten als Fahrbahnoberbelag im Bereich der Busspur beschlossen worden seien. Nun habe die bauausführende Firma Bedenken angemeldet. Wegen der hohen Belastung der Deckschicht durch die Busse würden bereits seit 1998 in Aachen die Busspurenoberflächen nur noch in Fließbeton ausgestaltet.

Herr Bröhl betonte, dass auch der Fließbeton anthrazitfarben bestellt werden könne. Die Firma Dohmen hatte zur Anschauung zwei Musterplatten gefertigt, die im Sitzungssaal ausgelegt waren. Herr Bröhl erklärte hierzu, dass die hellere mit 6 %, die dunklere mit 10 % Färbemittel versehen sei.

Um die Rauigkeit herzustellen, werde der sogenannte „Besenstrich“ durchgeführt. Hierdurch bekomme der Bus die nötige Haftung. Herr Bröhl veranschaulichte seine Ausführungen durch Fotos von Busspuren in Aachen.

Auf Nachfrage von Stadtverordnetem Eggert erklärte I. Beigeordneter Hausmann, dass die Verwaltung seinerzeit Beton vorgeschlagen habe, der Rat sich aber für das Pflastermaterial entschieden habe. Entsprechend sei der Auftrag ausgeschrieben worden. Die Firma Dohmen habe diesen Auftrag angenommen, aber darauf hingewiesen, dass es bezüglich der Platten zu Problemen kommen könne. Dadurch läge die Haftung bei Mängeln bei der Stadt.

Auf Bitte von Ausschussvorsitzendem Conrads erklärte Herr Bröhl, die anfallenden Kosten seien in beiden Ausführungen etwa gleich hoch.

Stadtverordneter Graf erklärte, seine Fraktion habe schon bei der ursprünglichen Abstimmung Fließbeton gewollt. Stadtverordneter Melchers schloss sich dieser Aussage an.

Stadtverordnete Slupik wunderte sich, dass die Verlegung von Platten nicht von vornherein ausgeschlossen worden ist, wenn klar sei, dass es hierbei zu Folgekosten komme.

Stadtverordneter Sybertz führte aus, er könne sich nur daran erinnern, dass es im Bereich des Übergangs von der Straße zur Busspur zu Problemen komme. Außerdem hätte die Haftung bereits in der Ausschreibung geregelt sein müssen.

Auf die Anfrage von Stadtverordnetem Hoffmann, warum die Firma Dohmen das Angebot angenommen habe, wenn seit 1998 keine Platten mehr verlegt werden, erklärte Bürgermeister Fiedler, dass man sich seinerzeit vorwiegend aus ästhetischen Gründen falsch entschieden habe. Man müsse dankbar für diesen Hinweis der Firma sein.

Zur entsprechenden Frage von Stadtverordnetem Eggert erklärte Bürgermeister Fiedler, dass es sich in einem Bushof wie zum Beispiel in Monheim, der vollständig mit Platten ausgelegt sei, um eine andere Situation als in Geilenkirchen handele. Die Problematik liege in den Scherbewegungen, die in einem Bushof im Gegensatz zu einer Haltebucht nicht gegeben sind.

Stadtverordneter Dr. Evertz erklärte, seine Fraktion werde sich aus den bekannten Gründen enthalten.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss schlägt dem Rat der Stadt vor, den Auftrag an die bauausführende Firma dahingehend abzuändern, dass der Fahrbahnoberbelag im Bereich der Buss-

pur der Konrad-Adenauer-Straße in dunklem Fließbeton mit 10 % Färbemittel ausgeführt wird.

**Abstimmungsergebnis:**

Ausführung des Fahrbahnoberbelags in Fließbeton

Ja:	11
Nein:	2
Enthaltung:	5

Verwendung des dunkleren Betons

Ja:	11
Nein:	2
Enthaltung:	5

**TOP 4    Verschiedenes**

Auf Nachfrage von Stadtverordnetem Hoffmann erklärte I. Beigeordneter Hausmann, dass in der nächsten Sitzung Herr Heyen als Spezialist in Sachen LED in der Straßenbeleuchtung einen Vortrag hierüber halten werde, damit voraussichtlich im September eine Entscheidung getroffen werden könne.

Stadtverordneter Hoffmann fragte außerdem an, wie es mit den Problemen bezüglich des Fußweges in Kogenbroich aussehe. Herr Bröhl versicherte, dass der Bauhof bereits damit beschäftigt sei.

Stadtverordneter Evertz nahm Bezug auf die aktuelle Diskussion bezüglich des Atomkraftwerkes in Belgien. Er forderte die Stadt auf, ähnliche Schritte einzuleiten wie in den Nachbarstädten Übach-Palenberg und Herzogenrath.

Bürgermeister Fiedler erklärte, dass hierzu bereits ein Antrag einer Fraktion vorliege. Dieses Thema sei für die nächste Ratssitzung vorgesehen.

Sitzung endet um: 20:10 Uhr

Vorsitzender

Karl-Peter Conrads

Schriftführer/in:

Nathalie Wischinski